E-03-169 Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Antragsteller*in:	Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	06.10.2025
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu E-03

Von Zeile 168 bis 169 einfügen:
Emissionshandel als alleiniges Steuerungsinstrument will, will nicht, dass er bleibt.

Klimaschutz ist Menschenschutz

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem wegweisenden Klimabeschluss vom 24. März 2021 (Az. 1 BvR 2656/18) Klimaschutz als ein Gebot des Grundgesetzes festgestellt, das die Freiheitsrechte künftiger Generationen schützt. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, Freiheitschancen über die Generationen hinweg verhältnismäßig zu verteilen und Freiheiten über die Zeit hinweg zu sichern. Diese Rechtsprechung verpflichtet alle staatlichen Ebenen zu ambitioniertem Klimaschutz, der auf Klimaneutralität ausgerichtet ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, den erweiterten, integrierten Sicherheitsbegriff in allen politischen Handlungsfeldern zu verankern, ihr Handeln konsequent nach diesem auszurichten und insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen wirksamen Klimaschutz im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu schaffen. Auf allen Ebenen staatlichen und politischen Handelns müssen die spezifischen Risiken durch die Klimakrise systematisch identifiziert und bewertet werden und zwar jetzt. Denn je länger politische Handlungen aufgeschoben werden, desto kleiner der Gestaltungsspielraum und desto politisch und ökonomisch teurer wird die Kurskorrektur. Wir fordern bei allen relevanten politischen Entscheidungen einen „Klimasicherheitscheck“, der fester und systematischer Bestandteil bei der Entscheidungsfindung der öffentlichen Verwaltung wird. Durch eine digitale, modulare und schnittstellenfähige Ausgestaltung kann der Prozess unaufwändig gestaltet und in bestehende Folgenabschätzungen integriert werden. Eine ressortübergreifende Begleitung bspw. in einem Beirat sichert die nötige umfassende Betrachtung und kann neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis integrieren.

Die Klimakrise ist längst keine reine Umweltfrage mehr, sondern eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung. Das ist wissenschaftlich belegt und wird inzwischen von nationalen Sicherheitsbehörden wie dem BND anerkannt. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hochwasser, Dürren und Hitzewellen bedrohen bereits heute die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen in Deutschland und weltweit, führen zu Unterbrechungen in kritischen Infrastrukturen und öffentlichem Leben und können global zu Ressourcenknappheit mit wirtschaftlichen Einbußen bis hin zu politischer Instabilität führen. Die Klimakrise stellt damit eine existenzielle Bedrohung für unsere Gesellschaft dar und erfordert unser erweitertes Sicherheitsverständnis, das äußere, innere und klimabedingte Sicherheitsrisiken umfasst und das menschliche Wohl in den Mittelpunkt stellt. Es erkennt an, dass Klimaschutz und klassische Sicherheitspolitik untrennbar miteinander verbunden sind. Wir stehen dabei konsequent ein für eine fakten- und wissenschaftsbasierte Sicherheitspolitik.